

Banken erhöhen Gebühren: So teuer wird es für Kund:innen 2025!

Acht von elf Banken erhöhen bis zu 136% ihre Spesen. Der AK Bankenmonitor untersucht 53 Gebühren und empfiehlt Verhandlungen.



Nachrichten AG

Wien, Österreich - In der aktuellen Erhebung des AK Bankenmonitors zeigt sich ein alarmierender Trend: Acht von elf untersuchten Banken haben ihre Preise erheblich erhöht. Im Durchschnitt beläuft sich die Preiserhöhung bei sechs Preispositionen auf nahezu sieben Prozent. Diese Entwicklungen wurden umfassend in einem Bericht von **OTS** dokumentiert. Insbesondere im Kreditbereich sind die Zinssätze gestiegen, was durch zusätzliche Spesen aggraviert wird.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 53 Spesen im Zahlungsverkehr, beim Sparen, in Krediten und bei Wertpapiergeschäften analysiert. Die Bank Austria sticht hierbei hervor, da sie bei 15 Positionen die Preise im Durchschnitt um

5,17 Prozent angehoben hat. Die HYPO NOE folgt mit einer Erhöhung bei zehn Positionen um durchschnittlich 5,4 Prozent, während Bank direkt sieben Positionen um 1,90 Prozent erhöhte. Eine einzige Bank, die Santander Consumer Bank, blieb von Preiserhöhungen unberührt.

Deutliche Preisanstiege und deren Folgen

Der größte Sprung der Preise wurde bei der Erste Bank verzeichnet, wo die Übertragungsspesen eines Wertpapiers um alarmierende 136 Prozent stiegen. Bank99 erhöhte die Kontoführungsgebühren für Wohnkredite mehr als verdoppelt und auch die Schätzkosten für Wohnimmobilien wurden signifikant erhöht. Dieser Trend hat zu einer massiven Belastung für Kreditnehmer:innen geführt, insbesondere bei Stundungen oder Ratenänderungen, die in der zweiten Jahreshälfte 2022 vermehrt angefragt wurden.

Besonders auf Kreditnehmer:innen kommen hohe Kosten zu. Die wichtigsten Gebühren für Kredit-Stundungen belaufen sich auf:

- bank99, Erste Bank, HYPO NOE: 250,00 Euro
- Bank Austria: 63,00 Euro
- BAWAG, easybank: 50,00 Euro

Bei Änderungen des Ratenplans sehen die Kosten wie folgt aus:

- BAWAG, easybank: 300,00 Euro
- bank99, Erste Bank, HYPO NOE: 250,00 Euro
- Bank Austria: 63,00 Euro

Empfehlungen für Verbraucher

Angesichts dieser Entwicklungen gibt die Arbeiterkammer verschiedene Empfehlungen, um finanzielle Engpässe zu bewältigen. Es wird geraten, insbesondere für langjährige Kund:innen über Spesen zu verhandeln. Stundungen können zwar kurzfristig helfen, aber die Zinsen laufen in der Regel

weiter. Bei anhaltenden finanziellen Schwierigkeiten sollten Betroffene den Kontakt zu kostenfreien, staatlich anerkannten Schuldenberatungen suchen.

Die AK erfasste diese Daten auf Grundlage von Erhebungen zu den 53 Dienstleistungen bei zwölf Banken in Wien zwischen Jänner 2024 und Jänner 2025. Die Volksbank Wien hat jedoch einige Preisaushänge nicht zur Verfügung gestellt.

Rechtliche Rahmenbedingungen von Bankgebühren

Ein weiterer Aspekt, der nicht außer Acht gelassen werden sollte, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich Bankgebühren. Laut einem Artikel von **Verbraucherzentrale NRW** sind viele Streitigkeiten über Gebühren von Kreditinstituten alltäglich. Zum Beispiel dürfen Banken kein gesondertes Entgelt für die Führung eines Darlehenskontos verlangen und Pauschalgebühren für die Bearbeitung von Darlehen sind ebenfalls unzulässig.

An den Verbrauchern, die mit Kreditinstituten in Kontakt stehen, liegt es, sich über ihre Rechte und die Höhe erlaubter Gebühren zu informieren. Nur so kann man unter hohem Druck von kostenpflichtigen Spesen bestehen und potenzielle finanzielle Verluste vermeiden.

Für weitere Informationen zu den aktuellen Bankspesen und den im AK Bankenmonitor ermittelten Daten besuchen Sie **arbeiterkammer.at**.

| Details | |
|----------------|---|
| Vorfall | Finanzmarkt |
| Ursache | Preiserhöhungen, Beschwerden über Zinsen |
| Ort | Wien, Österreich |
| Quellen | • www.ots.at |

Details

- www.arbeiterkammer.at
- www.verbraucherzentrale.nrw

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at